22.09.2014

Raymond Bohnenkamp

361 89230

S 8

# Tisch-Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.09.2014

"Spannungen zwischen Religionsgruppen in Gemeinschaftsunterkünften" (Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

# Die Fraktion der CDU hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

"Wir fragen den Senat:

- 1. Gab es in den Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge in der Stadtgemeinde Bremen bisher Spannungen aufgrund verschiedener religiöser Hintergründe?
- 2. Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, um der Entstehung von Konflikten mit religiösem Hintergrund bzw. einer Diskriminierung oder Bedrohung einzelner Bewohner vorzubeugen?"

### Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

#### Zu Frage 1:

Eine Abfrage unter den Heimleitungen der Träger der Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge der Stadtgemeinde Bremen hat keine Hinweise auf Konfliktsituationen aufgrund religiöser Hintergründe ergeben.

# Zu Frage 2:

Die im Auftrag der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen mit der Betreuung Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge der für befassten Erfahrungen Wohlfahrtsverbände verfügen über langjährige diesem Aufgabengebiet. In den Einrichtungen sind sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit pädagogischer Qualifikation als auch mit eigenem Migrationshintergrund und verschiedenen Sprachkenntnissen tätig. Bereits bei der Belegung der Räume wird auf die jeweilige Herkunft der Bewohnerinnen und Bewohner geachtet, um daraus möglicherweise entstehende Konfliktpotentiale zu vermeiden. Sofern Anhaltspunkte einer Diskriminierung oder Bedrohung einzelner Bewohner, ob aus religiösem oder anderem Hintergrund, sichtbar werden sollten, wird das Heimpersonal darauf in der Einzelfall geeigneten Form reagieren. Der Senat sieht damit Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Bewohnerinnen und

Bewohner in Gemeinschaftsunterkünften gewährleistet. Die Notwendigkeit, gesonderte Maßnahmen im Hinblick auf mögliche religiös bedingte Spannungen zu treffen, wird derzeit nicht gesehen.

Dem Senat ist jedoch bewusst, dass die Unterbringungssituation auf engem Raum generell hohe Anforderungen an alle Beteiligten mit sich bringt.